Deutscher Bundestag **Drucksache 13/5356**
13. Wahlperiode 26. 07. 96

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 22. Juli 1996 eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Beer, Angelika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14
Dr. Brecht, Eberhard (SPD)	29
Caspers-Merk, Marion (SPD)	38, 39
Diller, Karl (SPD)	3, 4, 5
Dr. Dobberthien, Marliese (SPD)	26
Gloser, Günter (SPD)	6, 7
Hampel, Manfred (SPD)	8, 15
Hanewinckel, Christel (SPD)	30
Kauder, Volker (CDU/CSU)	16, 17, 18
Kolbow, Walter (SPD)	19, 20, 21
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	1, 2
Kubatschka, Horst (SPD)	43
Lennartz, Klaus (SPD)	27, 28
Poß, Joachim (SPD)	9
Probst, Simone (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41, 42, 44
Rennebach, Renate (SPD)	22, 23, 24, 25
Röttgen, Norbert (CDU/CSU)	45, 46
Schultz, Reinhard (Everswinkel) (SPD)	10
Wallow, Hans (SPD)	11
Weis, Reinhard (Stendal) (SPD)	31, 32, 33
Wieczorek-Zeul, Heidemarie (SPD)	12, 13
Wolf, Hanna (München) (SPD)	34, 35, 36, 37

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)
Kontakte der PDS zu kubanischen und chinesischen Kommunisten; Verbindungen zu linksextremistischen Publizisten 1

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

Diller, Karl (SPD)
Personalhaushalt 1997 im Vergleich zu 1992 und 1989 3

Gloser, Günter (SPD)
Im Bundestagswahlkreis 241 (Neu-Ulm) veräußerte militärisch genutzte Liegenschaften aus dem Besitz der US-Streitkräfte; erzielte Verkaufserlöse 5

Hampel, Manfred (SPD)
Ausgabenliste des Bundesministeriums der Finanzen für 1995 und die folgenden Jahre gemäß mittelfristiger Finanzplanung 6

Poß, Joachim (SPD)
Aufnahme von Opferschutz und Verbrechensverhütung in das Verzeichnis der gemäß § 10 Abs. 1 EStG als förderungswürdig anerkannten Zwecke 7

Schultz, Reinhard (Everswinkel) (SPD)
Auflistung der von den Steuern bzw. Einnahmen abgesetzten Leistungen aus dem Bundeshaushalt in den Jahren 1994 bis 1997 8

Wallow, Hans (SPD)
Bisher vom Bund für den Parlaments- und Regierungssitz in Berlin erworbene Bundesliegenschaften 8

Wieczorek-Zeul, Heidemarie (SPD)
Quadratmeterpreis der zur Veräußerung anstehenden Fläche des ehemaligen „Fort Biehler" an die Landeshauptstadt Wiesbaden 9

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

Beer, Angelika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Export von Gewehren nach Ecuador 1993 und 1994 9

Hampel, Manfred (SPD)
Mittelabflüsse aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" 1995 nach Ausweisung an die Förderinstitute bzw. nach Buchung an die Empfänger 10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

Kauder, Volker (CDU/CSU)
Vermittlung von Arbeitsstellen durch gewerbliche Stellenvermittler und die Bundesanstalt für Arbeit seit Inkrafttreten des Beschäftigungsförderungsgesetzes 1994; Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern 10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

Kolbow, Walter (SPD)
Einsatzfähigkeit aller in der Bundeswehr geflogenen Hubschrauber; technische Störungen seit 1994 12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Rennebach, Renate (SPD)
Zunehmende Europäisierung der Problematik von sog. Sekten und Psychogruppen, z. B. der in Frankreich verbotenen Instincto-Therapie und Metapsychoanalyse von Claude Guy Berger 13

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

Dr. Dobberthien, Marliese (SPD)
Konzentration von Phtalsäureester in Trokkenmilchpulver; gesundheitliche Gefahren bei der Verwendung als Kindernahrung . . . 15

Seite

Lennartz, Klaus (SPD)
Gesundheitsgefahren für Herzschrittmacherpatienten durch Diebstahlsicherunganlagen z. B. in Kaufhäusern; Kennzeichnungsbestimmungen 15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

Dr. Brecht, Eberhard (SPD)
Realisierung von Straßen- und Schienenprojekten des Bundesverkehrswegeplans in einzelnen Landkreisen des Landes Sachsen-Anhalt bis zu den Jahren 2000, 2005 und 2007 16

Hanewinckel, Christel (SPD)
Realisierung von Straßen- und Schienenprojekten des Bundesverkehrswegeplans in den Landkreisen Sandershausen und Mansfelder Land (Sachsen-Anhalt) bis zu den Jahren 2000, 2005 und 2007 17

Weis, Reinhard (Stendal) (SPD)
Realisierung von Straßen- und Schienenprojekten des Bundesverkehrswegeplans in der Altmark (Sachsen-Anhalt) bis zu den Jahren 2000, 2005 und 2007 17

Wolf, Hanna (München) (SPD)
Differenzbetrag zwischen privater Vorfinanzierung und Finanzierung aus Bundesmitteln für die ICE-Trasse München — Nürnberg über Ingolstadt; Kosten für Lärmschutzmaßnahmen; Umweltverträglichkeit 18

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Caspers-Merk, Marion (SPD)
Zurechnung der aus Restmülltonnen stammenden Weichblechdosen anteilig zur DSD-Quote; Errechnung der Quoten durch die Länder 19

Seite

Probst, Simone (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umfang der in deutschen Atomkraftwerken gelagerten Brennstoffelemente sowie der internen und externen Lagerkapazitätsmengen 20

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Kubatschka, Horst (SPD)
Veräußerung der Bundesanteile an der Gemeinnützigen Deutschen Wohnungsbaugesellschaft mbH (Deutschbau); Kaufangebote für die 21 Wohnungen in Landshut 23

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Probst, Simone (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Diskussionen über die Verwendung von in Dounreay wiederaufbereitetem hochangereichertem Uran für den FRM II-Reaktor in Garching 23

Röttgen, Norbert (CDU/CSU)
Ausweitung der Promotionsstipendien der Begabtenförderungswerke auf deutsche Studenten an ausländischen Hochschulen 24

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Kontakte der PDS zu kubanischen und chinesischen Kommunisten vor (vgl. Verfassungsschutzbericht 1995, Seite 73), und wie reagiert die Bundesregierung auf die Bewertung dieser Regimes auf Kuba und in der Volksrepublik China durch die PDS?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Kurt Schelter vom 23. Juli 1996

Über Kontakte der PDS zu kubanischen Kommunisten ist u. a. bekannt:

- Am 28. September 1994 sprach ein Vertreter der PDS mit dem Chefredakteur der „Granma Internacional", Kuba.
- Vom 19. bis 26. November 1994 beteiligten sich ein Mitglied des Deutschen Bundestages der PDS und mehrere Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft „Cuba Si" an einem Kuba-Solidaritätstreffen in Havanna.
- Am 4. Mai 1995 fand in Havanna ein Treffen zwischen einem Mitglied des Parteivorstandes der PDS und kubanischen Gewerkschaften statt.
- Vom 11. bis 18. November 1995 reiste ein Mitglied des Parteivorstandes auf Einladung des ZK der KP Kubas nach Havanna.
- An Parteitagen der PDS nahmen Delegationen der KP Kubas teil, zuletzt an der 2. Tagung des 4. Parteitages der PDS vom 27./28. Januar 1996 in Magdeburg. Der Parteitag faßte u. a. einen Beschluß, wonach insbesondere Kommunalpolitiker und Abgeordnete der PDS aufgefordert wurden, „partnerschaftliche Beziehungen" zu Provinz- und Kommunalvertretungen in den „unterentwickelt gehaltenen Ländern" aufzunehmen und aufzubauen. Zur Begründung hieß es u. a., man könne an Beziehungen anknüpfen, die zwischen der DDR und solchen Ländern bestanden hätten; dabei wurde auch ausdrücklich Kuba genannt.

Aktive „Solidaritätsarbeit" betreibt die Arbeitsgemeinschaft „Cuba Si" der PDS. So sammelt sie seit Jahren im Rahmen von Solidaritätskampagnen Geld- und Sachspenden. Außerdem vermittelt sie Reisen nach Kuba, u. a. zu den Cuba Si-Hilfsprojekten.

Über Kontakte der PDS zu chinesischen Kommunisten ist bekannt:

- Am 2. Dezember 1994 empfing der Ehrenvorsitzende der PDS Hans Modrow in Berlin einen Beauftragten des ZK der KP Chinas.
- Am 20. Januar 1995 trafen der Parteivorsitzende der PDS, Dr. Lothar Bisky, und der Vorsitzende der Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag, Dr. Gregor Gysi, mit dem Botschafter der Volksrepublik China zusammen.
- Die stellvertretende Parteivorsitzende führte am Rande des Treffens der „Non Gouvernment Organisation" (NGO) anläßlich der Weltfrauenkonferenz in Peking vom 28. August bis 11. September 1995 Gespräche im ZK der KP Chinas und „in gesellschaftlichen Organisationen" des Landes.

Die Bundesregierung sieht die v. g Aktivitäten als Bestandteil des dem Marxismus u. a. kennzeichnenden „Internationalismus", zu welchem sich auch die PDS in ihrem Parteiprogramm bekennt.

In einer Erklärung des Parteivorstandes – ND vom 30. August 1995 – heißt es dazu u. a.:

Die PDS werde nicht wie die DDR und – mit anderen Vorzeichen – die Bundesrepublik Deutschland Menschenrechtspolitik und Kritik an Rüstungspolitik instrumentalisieren. Die demokratischen Sozialisten protestieren aus universalen unteilbaren Grundsätzen vor allem gegen die Fortsetzung der Atomtestes. Desgleichen wende sich die Partei gegen öffentliche Hinrichtungen.

2. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über das publizistische Netzwerk der PDS vor (vgl. Verfassungsschutzbericht 1995, Seite 83), und bestehen nach Erkenntnissen der Bundesregierung Verbindungen und personelle Verpflechtungen zwischen der PDS und anderen linksextremistischen Publikationen und Verlagen?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Kurt Schelter vom 23. Juli 1996

Zu Publikationen der PDS und PDS-naher Organisationen und Verlage ist bekannt:

Der Parteivorstand der PDS gibt wöchentlich den „Pressedienst" zur aktuellen Information heraus. Zur Förderung der parteiinternen Diskussion erscheint monatlich das Mitgliedermagazin „DISPUT". Der Bildungsarbeit in der PDS dient die Schriftenreihe „Kontrovers", die von der Grundsatzkommission der PDS herausgegeben wird; sie erscheint unregelmäßig, etwa drei- bis viermal im Jahr.

Die PDS will laut „Pressedienst" der PDS Nr. 26 vom 30. Juni 1995 als Eigentümerin des „Neuen Deutschland" die „Unabhängigkeit und Autonomie von Redaktion und Verlag grundsätzlich gewährleisten". Auch das „Neue Deutschland" vermittelt nach Feststellung des stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Gehrke („Pressedienst" der PDS Nr. 26 vom 30. Juni 1995) im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der PDS ein Bild der Partei.

Die von Parteimitgliedern initiierte, monatlich erscheinende Theoriezeitschrift „UTOPIE kreativ" (Heft 66, April 1996) versteht sich als PDS-nahes Diskussionsforum sozialistischer Alternativen.

Die Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag veröffentlicht monatlich das Infoblatt „R(h)einblick"; zusätzlich geben einzelne Arbeitskreise der Abgeordnetengruppe eigene Berichte heraus.

Auch die verschiedenen bundesweiten Plattformen und Arbeitsgemeinschaften der PDS haben eigene Publikationen. Zu erwähnen sind die monatlichen „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS" und die Monatsschrift „Betrieb & Gewerkschaft" der gleichnamigen Interessengemeinschaft (IG) der PDS.

Die meisten der 16 PDS-Landesverbände verfügen ebenfalls über eigene oder ihnen nahestehende Publikationen. Hinzu kommt eine Vielzahl von Informationsblättern der Kreis- und Basisorganisationen der Partei.

Seit Jahren existieren Verbindungen der PDS zur Verlagsgruppe „Gesellschaften für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH" (GNN), die weitgehend unter Kontrolle des „Bundes Westdeutscher Kommunisten – Bundeskonferenz" (BWK) blieb. So unterhält der Kreisverband der PDS Köln eine Bürogemeinschaft mit der GNN-Niederlassung Köln; die GNN-Niederlassungen Berlin, Hamburg und Hannover firmieren unter jeweils derselben Anschrift wie PDS-Gliederungen. Mehrere Gesellschafter des GNN-Verlages in Schkeuditz (bei Leipzig) gehören der PDS an.

Bei einzelnen Publikationen der GNN-Verlage treten PDS-Gliederungen neben „Arbeitsgemeinschaften BWK in der PDS" und anderen linksextremistischen Gruppierungen als Unterstützer oder Mitherausgeber auf („Berliner Berichte", „Lokalberichte Hamburg", „Lokalberichte Essen").

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

3. Abgeordneter **Karl Diller** (SPD)

Wie viele Stellen (ohne Soldaten) weist der Regierungsentwurf des Haushaltsplans 1997 für die Bundesregierung jeweils im Vergleich zu 1992 und 1989 für Beamte der Besoldungsstufen B, C, R sowie vergleichbare Angestellte, Beamte und Angestellte des übrigen Dienstes, des gehobenen, des mittleren, des einfachen Dienstes sowie Arbeiter in den Kapiteln 01 aus?

4. Abgeordneter **Karl Diller** (SPD)

Wie lauten die entsprechenden Angaben für die übrigen Kapitel (zusammengefaßt)?

5. Abgeordneter **Karl Diller** (SPD)

Wie lauten die entsprechenden Angaben für die Soldaten?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Irmgard Karwatzki vom 24. Juli 1996

Die Zahlen ergeben sich aus der Übersicht 1 (Beamte, Angestellte, Arbeiter) sowie der Übersicht 2 (Soldaten). Die Angaben sind nach den Personalübersichten zu den jeweiligen Haushaltsgesetzen zusammengestellt. Bei Beamten, Angestellten und Arbeitern entsprechen die Angaben

unter „Oberste Bundesbehörden" den Kapiteln 01 sowie einigen wenigen anderen Kapiteln, die nach ihrer Aufgabenstellung den Ministerien im engeren Sinne zugerechnet werden. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind jeweils Beamte und vergleichbare Angestellte zusammengefaßt.

Die Einteilung der Soldaten (Übersicht 2) erfolgt entsprechend der Soldatenlaufbahnverordnung nach den Laufbahngruppen der Offiziere (General und übrige, Unteroffiziere und Mannschaften).

Übersicht 1

BMF/II A 4 IIA4/deth-stellen2/Ni

22. Juli 1996

Stellenentwicklung (ohne Soldaten)[1])
1989, 1992, 1997 (Entwurf)

Laufbahnen und Bereiche (jeweils Beamte und vergleichbare Angestellte zusammengefaßt)	1989	1992	1997 E
1	2	3	4
Höherer Dienst (B, C und R)			
oberste Bundesbehörden	1 782	2 083	1 974
nachgeordneter Bereich	1 553	1 919	1 893
Summe	3 335	4 002	3 867
Übriger höherer Dienst			
oberste Bundesbehörden	4 057	5 319	4 950
nachgeordneter Bereich	12 535	16 216	15 560
Summe	16 592	21 535	20 510
Gehobener Dienst			
oberste Bundesbehörden	5 135	6 558	6 367
nachgeordneter Bereich	41 454	55 776	54 205
Summe	46 589	62 334	60 572
Mittlerer Dienst			
oberste Bundesbehörden	6 737	8 036	8 312
nachgeordneter Bereich	120 366	155 363	134 839
Summe	127 103	163 399	143 151
Einfacher Dienst			
oberste Bundesbehörden	1 592	1 816	1 879
nachgeordneter Bereich	4 202	4 704	4 093
Summe	5 794	6 520	5 972
Arbeiter			
oberste Bundesbehörden	1 214	1 430	1 549
nachgeordneter Bereich	100 821	121 680	87 047
Summe	102 035	123 110	88 596
Gesamtsummen			
oberste Bundesbehörden	20 517	25 242	25 031
nachgeordneter Bereich	280 931	355 658	297 637
Insgesamt	301 448	380 900	322 668

[1]) Geringfügige Differenzen gegenüber Anlage zum Haushaltsgesetz beruhen auf Rundungen.

BMF/II A 4

Übersicht 2
IIA4/deth-stellen1/Ni
22. Juli 1996

Stellenentwicklung (Soldaten)
1989, 1992, 1997 (Entwurf)

Laufbahnen und Bereiche	1989	1992	1997 E
1	2	3	4
Generale			
Ministerium	41	41	40
nachgeordneter Bereich	182	196	167
Summe	223	237	207
übrige Offiziere			
Ministerium	1 284	1 306	1 091
nachgeordneter Bereich	42 040	49 741	37 617
Summe	43 234	51 047	38 708
Unteroffiziere			
Ministerium	286	286	200
nachgeordneter Bereich	160 815	174 455	130 681
Summe	161 101	174 741	130 881
Mannschaften			
Ministerium	—	—	—
nachgeordneter Bereich	65 352	48 967	40 172
Summe	65 352	48 967	40 172
Gesamtsummen			
Ministerium	1 611	1 633	1 331
nachgeordneter Bereich	268 399	273 359	208 637
Insgesamt	270 000	274 992	209 968

6. Abgeordneter **Günter Gloser** (SPD)

Welche vormals im Besitz der US-Army befindlichen bzw. bisher von der Bundeswehr genutzten Liegenschaften wurden im Bundestagswahlkreis 241 (Neu-Ulm) verkauft?

7. Abgeordneter **Günter Gloser** (SPD)

Welche Grundstückspreise bzw. Erlöse pro Quadratmeter Fläche wurden bei diesen Verkäufen erzielt, und wie lange haben die Verkaufsverhandlungen nach Räumung der Grundstücke jeweils gedauert?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Irmgard Karwatzki vom 18. Juli 1996

Die im Bundestagswahlkreis 241 (Neu-Ulm) bislang veräußerten, ehemals von den US-Streitkräften oder der Bundeswehr genutzten Liegenschaften

sind in der beigefügten Übersicht*) aufgeführt. Bei den dort ebenfalls angeführten Bodenwerten, die von unabhängigen Gutachtern ermittelt wurden, handelt es sich teilweise um Durchschnittspreise (DM/m² Kauffläche), bei denen örtliche Besonderheiten (z. B. Abbruchkosten, unterschiedliche Bodenqualität innerhalb von Liegenschaften, städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen etc.) bereits berücksichtigt sind. Ein unmittelbarer Vergleich mit anderen Verkaufsfällen ist deshalb nicht möglich.

*) Vom Abdruck der Anlage wurde aufgrund der Nummer 13 Satz 2 in Verbindung mit Nummer 1 Abs. 3 Satz 1 zweiter Halbsatz der Richtlinien für die Fragestunde und für die schriftlichen Einzelfragen abgesehen.

8. Abgeordneter **Manfred Hampel** (SPD)

Wie sieht die Ausgabenliste des Bundesministeriums der Finanzen (Drucksache 13/3025 S. 20ff.) nach heutigem Beratungsatand für 1995, 1996 und 1997 sowie für die weiteren Jahre der mittelfristigen Finanzplanung aus?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Irmgard Karwatzki vom 23. Juli 1996

Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die öffentlichen Finanztransfers bis einschließlich 1997. Die Angaben für 1997 beruhen auf groben Schätzungen. Für den Bundeshaushalt 1997 ist eine Aufteilung auf alle Einzelpositionen nach der Systematik der Übersicht „Leistungen des Bundes für die neuen Länder" noch nicht verfügbar. Dieses Tableau kann erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung gestellt werden.

Für die Finanzplanungsjahre 1998ff. liegen keine Berechnungen vor.

Öffentliche Finanztransfers für Ostdeutschland
(einschließlich Sozialversicherungen)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	– Mrd. DM –						
I. Bruttotransfers:							
Bundeshaushalt[1])	75	88	114	114	135	133	126
Fonds „Deutsche Einheit"[2])	31	24	15	5			
EG	4	5	5	6	7	7	7
Rentenversicherung[3])		5	9	12	17	18	16
Bundesanstalt für Arbeit[4])	24	39	39	27	23	20	18
Länder/Gemeinden West	5	5	10	14	10	10	11
Gesamt[5])	139	152	168	168	185	184	178

[1]) Ab 1995 auch Steuerverzichte des Bundes aufgrund Neuregelung Finanzausgleich; ab 1996 auch Steuermindereinnahmen wegen Systemumstellung beim Kindergeld; ab 1996 Angaben geschätzt; 1997 Regierungsentwurf.

[2]) Kreditfinanzierte Leistung, also ohne die Zuschüsse von Bund und Ländern.

[3]) Ohne Bundeszuschüsse.

[4]) Gesamtdefizit Ost (einschl. Bundeszuschuß).

[5]) Ohne Doppelzählung des Bundeszuschusses zur BA (vgl. Ziffer 4).
Leistungen für die neuen Länder sind darüber hinaus die Steuermindereinnahmen beim Bund und den alten Ländern aufgrund der Steuervergünstigungen für Ostdeutschland.

Öffentliche Finanztransfers für Ostdeutschland
(einschließlich Sozialversicherungen)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	– Mrd. DM –						
II. Rückflüsse:							
Steuermehr-einnahmen Bund[6])	31	35	37	41	43	48	46
Verwaltungsmehr-einnahmen Bund	2	2	2	2	2	2	2
Gesamt	33	37	39	43	45	50	48
III. Nettotransfers:[7]) Differenz I und II):	106	115	129	125	140	134	130
IV. Nettotransfers Bund (Diff. I. Pos. 1 und 2):	42	51	75	71	90	83	78

[6]) Grobe Schätzung; 1996 einschließlich Auswirkungen des Jahressteuersatzes ohne Systemumstellung beim Kindergeld (Kindergeld ist in der Pos. „Bundeshaushalt" berücksichtigt).

[7]) Von den Transferleistungen zu unterscheiden sind die finanziellen Gesamtbelastungen der öffentlichen Haushalte aus der Vereinigung. Dazu gehören neben den Transfers z. B. einigungsbedingte Zinsaufwendungen; Zinserstattungen an den Fonds „Deutsche Einheit", den Erblastentilgungsfonds sowie die Zahlungen für die Truppen der Westgruppe.
In einer Belastungsrechnung wären einigungsinduzierte Steuermehreinnahmen im Westen und der Abbau teilungsbedingter Ausgaben gegenzurechnen. Mit wachsendem zeitlichen Abstand lassen sich diese Effekte nicht mehr quantifizieren.

9. Abgeordneter **Joachim Poß** (SPD)

Welche Gründe sind dafür maßgebend, daß in dem Verzeichnis der allgemein als besonders förderungswürdig im Sinne des § 10 b Abs. 1 EStG anerkannten Zwecke die Förderung der Fürsorge für Strafgefangene und ehemalige Strafgefangene aufgenommen wurde, nicht aber Opferschutz und Verbrechensverhütung im Bereich der Gewaltkriminalität?

Anwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Hansgeorg Hauser vom 23. Juli 1996

Die Bundesregierung hat in Übereinstimmung mit den obersten Finanzbehörden der Länder bisher keine Notwendigkeit gesehen, für die von Ihnen genannten Zwecke durch eine Aufnahme in die Anlage 7 der Einkommensteuer-Richtlinien (EStR) eine eigene Anerkennung als spendenwürdig auszusprechen. Denn bereits nach geltendem Recht lassen sich der Schutz von Opfern von Gewalttaten unter die mildtätigen Zwecke im Sinne des § 53 der Abgabenordnung und die Aufklärung der Bevölkerung über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung unter die Erziehung und Volksbildung (Nummer 5 der Anlage 7 der EStR) einordnen. Außerdem ist der Weiße Ring e. V., der sich für „Opferschutz" und „Verbrechensverhütung" einsetzt, als zum Empfang steuerbegünstigter Spenden berechtigt anerkannt worden (R 111 Abs. 2 Nr. 9 EStR). Für diese Zwecke können demnach schon heute steuerbegünstigte Spenden geleistet werden.

Im Zuge der Vorarbeiten zur Reform der Einkommenbesteuerung überprüft die Bundesregierung auch das steuerrechtliche Spendenrecht. Dabei wird auch untersucht, ob der Katalog der spendenbegünstigten Zwecke gleichwohl im Sinne Ihrer Frage erweitert werden sollte.

10. Abgeordneter **Reinhard Schultz (Everswinkel)** (SPD)

Welche Leistungen aus dem Bundeshaushalt werden von den Steuern bzw. Einnahmen in den einzelnen Jahren von 1994 bis 1997 abgesetzt, und wie hoch waren die einzelnen Positionen?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Irmgard Karwatzki vom 24. Juli 1996

Vom Steueraufkommen des Bundes werden der EU zustehende Abführungen abgezogen. Der EU stehen Mehrwertsteuer-Eigenmittel und Bruttosozialprodukt-Eigenmittel zu.

Die von Deutschland zu leistenden Mehrwertsteuer-Eigenmittel werden vom Umsatzsteueraufkommen des Bundes abgezogen (Kapitel 60 01 Titel 01 501). Die deutschen Abführungen in Form von Bruttosozialprodukt-Eigenmittel werden im Bundeshaushalt als Mindereinnahme ausgewiesen (Kapitel 60 01 Titel 01 901).

Diese Leistungen stellen sich in den Jahren 1994 bis 1997 wie folgt dar (in Mrd. DM; 1994 und 1995: Ist; 1996: Soll; 1997: Regierungsentwurf):

	1994	1995	1996	1997
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	23,0	24,8	22,0	20,7
Bruttosozialprodukt-Eigenmittel	10,5	8,1	15,0	16,0

11. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

Welche Liegenschaften hat der Bund zu welchen Preisen für den Parlaments- und Regierungssitz in Berlin bislang erworben?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Irmgard Karwatzki vom 17. Juli 1996

Bislang sind Grundstücke im Wert von rd. 1,85 Mrd. DM für den Parlaments- und Regierungssitz Berlin sowie für Wohnbauzwecke im Zusammenhang mit dem Regierungsumzug beschafft worden. Dazu zählt auch die Ablösung von Restitutionsansprüchen ehemaliger Alteigentümer von Grundstücken im Ostteil Berlins. Rund ein Drittel der Grundstücke wurde im Tauschwege erworben.

Für den Deutschen Bundestag wurden insbesondere die sog. „Dorotheenblöcke" erworben. Im Rahmen der Unterbringung der Bundesregierung wurden u. a. Liegenschaften und Arrondierungsflächen für Zwecke des Presse- und Informationsamtes sowie der Ressorts Auswärtiges Amt, Bundesministerium der Verteidigung, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und für die Unterbringung der zweiten Dienstsitze der in Bonn verbleibenden Ministerien beschafft.

12. Abgeordnete **Heidemarie Wieczorek-Zeul** (SPD)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, zu welchem Quadratmeter-Preis die Bundesvermögensverwaltung beabsichtigt, die in ihrem Eigentum befindliche Fläche des ehemaligen „Fort Biehler" an die Landeshauptstadt Wiesbaden zu veräußern?

13. Abgeordnete **Heidemarie Wieczorek-Zeul** (SPD)

Welche Quadratmeterpreise sind üblich?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Irmgard Karwatzki vom 23. Juli 1996

Der Bund ist bestrebt, die für ihn entbehrliche Liegenschaft an die Landeshauptstadt Wiesbaden zu veräußern. Im Mai 1996 wurden erste Verkaufsverhandlungen mit dem städtischen Amt für Wirtschaft und Liegenschaften aufgenommen. Die Wertüberlegungen orientieren sich an einem ersten unverbindlichen Vorentwurf eines Flächennutzungsplanes, der für den Bereich der bundeseigenen Liegenschaft erstellt worden ist. Danach wird von gewerblichem Bauerwartungsland auszugehen sein, dessen Preis von benachbarten Bodenrichtwerten abgeleitet wird. Übliche Quadratmeterpreise können daher nicht genannt werden.

Im Hinblick auf den Stand der derzeit vertraulich geführten Verkaufsverhandlungen kann die Bundesregierung keine Auskunft darüber geben, zu welchem Preis/m^2 das bundeseigene Gelände „Fort Biehler" an die Landeshauptstadt Wiesbaden veräußert werden wird.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

14. Abgeordnete **Angelika Beer** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung eine Meldung in der peruanischen Presse (Expreso, Lima vom 6. Mai 1996, S. 4 A) bekannt, wonach in den Jahren 1993/1994 129000 Gewehre aus deutscher Produktion nach Ecuador geliefert wurden, und wenn ja, wann hat die Bundesregierung hierfür die Exportgenehmigung erteilt?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Lorenz Schomerus vom 23. Juli 1996

Der Bundesregierung ist die erwähnte Meldung nicht bekannt.

Die Bundesregierung hat eine entsprechende Ausfuhrgenehmigung nicht erteilt.

15. Abgeordneter **Manfred Hampel** (SPD)

Wieviel v. H. von den 100%igen Abflüssen der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" 1995 (Drucksache 13/4733 S. 24) beruhen darauf, daß der Geldabfluß an die Förderinstitute ausgewiesen wurde, und wieviel v. H. ergeben sich, wenn erst der Geldabfluß an die eigentlichen Empfänger gebucht würde?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Johannes Ludewig vom 18. Juli 1996

Angaben in der erbetenen Form sind aufgrund des spezifischen Erstattungsverfahrens der Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA) nicht möglich.

Im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe werden Investitionen der gewerblichen Wirtschaft und zum Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur gefördert. Gemäß § 10 des Gesetztes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) erstattet der Bund den Ländern die Hälfte der dabei entstehenden Ausgaben und leistet dazu Vorauszahlungen an die Länder. In Anlehnung an die Vorläufigen Verwaltungsvorschriften Nummer 7.2 zu § 44 Abs. 1 BHO erhalten die Länder Bundesmittel jeweils in Höhe der innerhalb der nächsten zwei Monate fällig werdenden Zahlungen an die Zuwendungsempfänger. Die Länder unterrichten den Bund regelmäßig über den Stand der Ausgaben und den voraussichtlichen Mittelbedarf. Das zwischen Bund und Ländern vereinbarte Erstattungsverfahren sieht vor, daß Bundes- und Landesmittel jeweils zeitgleich an die Zuwendungsempfänger ausgezahlt werden. Dies gilt auch dann, wenn die Länder Förderinstitute mit der Durchführung der Förderung beauftragt haben. In diesem Fall dürfen die Bundesmittel den Instituten erst zum Zeitpunkt der Auszahlung an die Zuwendungsempfänger zur Verfügung gestellt werden. Bundesmittel, die Länder nicht innerhalb des Zweimonatszeitraums ausgezahlt haben, sind an den Bund zurückzuzahlen.

Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse darüber, daß einzelne Länder von diesem Erstattungsverfahren abweichen. Zeitliche Verzögerungen zwischen der Auszahlung bei der Bundeskasse und der Auszahlung an die Zuwendungsempfänger, über den o.g. zweimonatigen Verfahrenszeitraum hinaus, sind bislang noch nicht eingetreten.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

16. Abgeordneter **Volker Kauder** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft geben, wie viele Arbeitsstellen durch gewerbliche Stellenvermittler seit dem Inkrafttreten des Beschäftigungsförderungsgesetzes 1994 bis jetzt vermittelt wurden, und ist die Bundesregierung mit der bisherigen Entwicklung der privaten Stellenvermittlung zufrieden?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Werner Tegtmeier
vom 17. Juli 1996

Vom 1. August 1994 bis zum 31. Dezember 1995 wurden von den Vermittlern, die nach der teilweisen Freigabe der Arbeitsvermittlung durch das Erste Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms (1. SKWPG) seit dem 1. April 1994 bzw. nach ihrer vollständigen Freigabe durch das Beschäftigungsförderungsgesetz 1994 zugelassen wurden, insgesamt 40872 Vermittlungen getätigt. Hierin sind mehr als 17200 Vermittlungen von Vermittlern enthalten, die nicht gewinnorientiert arbeiten (präzise Zahlen liegen hierzu nicht vor, da die Angaben hierüber freiwillig sind). Mehr als die Hälfte der zugelassenen Vermittler haben keine Vermittlungen getätigt. Für 1996 liegen noch keine Zahlen vor. Die statistischen Meldungen sind jeweils halbjährlich an die Bundesanstalt für Arbeit zu übermitteln.

Die Zahlen enthalten nicht die Vermittlungen in den Bereichen, für die schon vor dem 1. April 1994 private Vermittler im Auftrag der Bundesanstalt tätig waren. Insbesondere sind dies die Agenturen für die Vermittlung von Künstlern, Artisten, Fotomodellen, Berufssportlern etc. In diesen Berufen wurden in der Zeit vom 1. August 1994 bis 31. Dezember 1995 insgesamt 165566 Vermittlungen durchgeführt, davon 58658 von Vermittlern, die nach dem 1. April 1994 zugelassen wurden.

Die Zahlen lassen angesichts des kurzen Zeitraumes seit der Freigabe der privaten Arbeitsvermittlung kein Urteil über die bisherige oder die voraussichtliche künftige Entwicklung zu. Die Bundesregierung hat mit der Freigabe der privaten Arbeitsvermittlung keine konkreten quantitativen Zielvorstellungen verbunden, an denen sie die Entwicklung der privaten Arbeitsvermittlungsleistungen messen könnte. Auch die Vermittlungszahlen in den Bereichen, in denen sich private Vermittler seit Jahren etablieren konnten (Künstler ect.), können nicht als Bewertungsmaßstab zugrunde gelegt werden. In diesem Bereich wird die Vermittlung vor allem durch die große Zahl von sehr kurzzeitigen Engagements bestimmt.

17. Abgeordneter **Volker Kauder** (CDU/CSU)

Wie viele Arbeitsstellen hat die Bundesanstalt für Arbeit im gleichen Zeitraum vermittelt?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Werner Tegtmeier
vom 17. Juli 1996

Die Bundesanstalt hat in der Zeit vom 1. August 1994 bis 31. Dezember 1995 insgesamt 4655003 Vermittlungen durchgeführt.

18. Abgeordneter **Volker Kauder** (CDU/CSU)

Gibt es bei der Anzahl der gewerblichen Vermittler und bei den Abschlüssen signifikante Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Werner Tegtmeier
vom 17. Juli 1996

Bei der Zahl der Vermittler gibt es nur geringe Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern. In den alten Bundesländern sind nach dem letzten Stand 2631 Vermittler zugelassen, in den neuen 620. Bezogen

auf die Zahl der Erwerbstätigen ist die „Vermittlerdichte" in den neuen Bundesländern geringfügig höher. Vergleicht man die Vermittlungen, so spricht einiges dafür, daß es den privaten Vermittlern in den neuen Bundesländern bisher weniger gut als in den alten Bundesländern gelungen ist, Fuß zu fassen. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit haben die Arbeitsvermittler mit Sitz in den neuen Bundesländern wesentlich weniger Vermittlungen gemeldet als diejenigen in den alten Bundesländern. Rein rechnerisch enthielt jede statistische Meldung eines Vermittlers aus dem Bundesgebiet Ost nur wenig mehr als ein Viertel an Vermittlungen im Vergleich zu den statistischen Meldungen aus dem Bundesgebiet West.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

19. Abgeordneter **Walter Kolbow** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Einsatzfähigkeit aller in der Bundeswehr geflogenen Hubschrauber/Hubschraubertypen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Bernd Wilz vom 19. Juli 1996

Die in der Bundeswehr genutzten Hubschrauber können hinsichtlich Ausrüstung und Leistungsdaten die ihnen in den beschaffungsbegründeten Dokumenten zugeordneten Aufgaben erfüllen.

An neue Aufgaben (z. B. Combat Search and Rescue, Krisenreaktionskräfte, Vereinte Nationen) werden die Hubschrauber angepaßt. Die jeweilige Dauer der Realisierung hängt ab von

- verfügbaren Haushaltsmitteln und
- verfügbaren Kapazitäten (Truppe und Industrie).

Zur Zeit erhält eine Reihe von Hubschraubern eine elektronische und ballistische Schutzausstattung sowie eine Defensivbewaffnung. Hinzu kommen Maßnahmen wie Nutzungsdauerverlängerung, Kampfwerterhaltung und -steigerung (Reichweitenerhöhung, Nachttiefflugfähigkeit und Verbesserung der Avionikausstattung.

20. Abgeordneter **Walter Kolbow** (SPD)

Wie entwickelten sich auf der Zeitachse seit 1994 (quartalsweise Übersicht) die technischen Störungen pro Flugstunde bei allen in der Bundeswehr geflogenen Hubschraubern/Hubschraubertypen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Bernd Wilz vom 19. Juli 1996

Die Zahl der Störungen bewegt sich seit Jahren auf annähernd gleichem Niveau. Störungen im Sinne dieser Statistik umfasssen selbstverständlich nicht nur Vorkommnisse im Flugbetrieb, sondern ebenso bei Wartung, Überprüfungen und Probebetrieb erkannte Ereignisse. Ein direkter Rückschluß auf die Flugsicherheit ist daher keineswegs zulässig. Jedoch steigt mit zunehmendem Alter der Zeit- und Materialaufwand zur Behebung einer Störung.

Eine quartalsweise Übersicht über Störungen pro Flugstunde könnte nur mit erheblichem Personal- und Zeitaufwand (manuelle Auswertung) erstellt werden. Die Systemstörungen werden – aufgeschlüsselt nach Zelle und Ausrüstung, Triebwerk und Avionik – jährlich bezogen auf 1000 Flugstunden erfaßt. Damit werden die jahreszeitlich-, wetter-, einsatz- und übungsbedingten Schwankungen geglättet und Trendaussagen möglich gemacht. Entsprechende Daten sind den Beilagen zu entnehmen.

21. Abgeordneter **Walter Kolbow** (SPD)

Welchen Anteil hatten bei den technischen Störungen die einzelnen Bauteile?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Bernd Wilz vom 19. Juli 1996

Die Ausfälle der einzelnen Bauteile werden erfaßt und ausgewertet. Störungsschwerpunkte ändern sich im laufenden Betrieb. Diesen wird gezielt durch geeignete technische Maßnahmen entgegengewirkt. Die Dauer der Abhilfemaßnahmen hängt ab von der Komplexität der Störungen, Beschaffungszeiten von Ersatzteilen und ggf. Umrüstprogrammen. Nähere Angaben zu Zellen-, Triebwerk- und Avionikstörungen sind den Beilagen*) zu entnehmen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

22. Abgeordnete **Renate Rennebach** (SPD)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Instincto-Therapie und Metapsychoanalyse von Claude Guy Burger (s. Materialdienst der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Heft 3/95) vor, und wie schätzt sie diese Verfahren bzw. deren gesundheitlichen Auswirkungen ein?

*) Vom Abdruck der Anlagen wurde aufgrund der Nummer 13 Satz 2 in Verbindung mit Nummer 1 Abs. 3 Satz 1 zweiter Halbsatz der Richtlinien für die Fragestunde und für die schriftlichen Einzelfragen abgesehen.

Antwort des Staatssekretärs Dr. Willi Hausmann
vom 18. Juli 1996

Der Bundesregierung liegen amtliche Erkenntnisse über die Instincto-Therapie und Metapsychoanalyse von Claude Guy Burger bisher nicht vor.

23. Abgeordnete **Renate Rennebach** (SPD)

Was hat die Bundesregierung bisher dagegen unternommen, daß Claude Guy Burger nach dem Verbot seiner Terapie in Frankreich seine Aktivitäten nach Deutschland verlegt hat, und welche weitere Maßnahmen hält sie für notwendig?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Willi Hausmann
vom 18. Juli 1996

Der Bundesregierung liegen amtliche Erkenntnisse weder darüber vor, daß in Frankreich die Therapie Claude Guy Burger verboten worden ist noch darüber, daß er seine Aktivitäten nach Deutschland verlegt hat.

24. Abgeordnete **Renate Rennebach** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß o. g. Vorgang ein Beispiel für eine zunehmende Europäisierung der Problematik von und mit sog. Sekten und Psychogruppen ist, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dem entgegenzuwirken?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Willi Hausmann
vom 18. Juli 1996

Unter Hinweis auf die Antworten zu den Fragen 22 und 23 ist der Bundesregierung eine Beurteilung des Vorgangs nicht möglich.

25. Abgeordnete **Renate Rennebach** (SPD)

Was hat die Bundesregierung bisher auf der Ebene der Europäischen Union unternommen, um den Problemen von und mit sog. Sekten und Psychogruppen entgegenzuwirken, und welche weiteren Maßnahmen hält die Bundesregierung für notwendig?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Willi Hausmann
vom 18. Juli 1996

Im Zusammenhang mit der Bitte der Ministerpräsidentenkonferenz vom 7. März 1996 hat die Bundesregierung entsprechende Maßnahmen auf der Ebene der Europäischen Union eingeleitet.

Im übrigen hält es die Bundesregierung für notwendig, zum Problemfeld der sog. Sekten und Psychogruppen auf der Ebene der Europäischen Union einen Informations- und Erfahrungsaustausch anzuregen.

In diesem Zusammenhang wird auf die Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Sekten in Europa vom 29. Februar 1996 (BR-Drucksache 196/96) verwiesen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

26. Abgeordnete **Dr. Marliese Dobberthien** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, in welchen Konzentrationen Phtalsäureester in Trockenmilchpulvern, die in der Bundesrepublik Deutschland vertrieben werden, auffindbar sind, und ab welcher Konzentration hat die Bundesregierung Bedenken hinsichtlich der Ernährung von Kleinkindern mit diesen Trockenmilchpulvern?

Antwort des Staatssekretärs Baldur Wagner vom 18. Juli 1996

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, in welchen Konzentrationen in Milchpulvern, die in der Bundesrepublik Deutschland vertrieben werden, Phtalsäureester enthalten sind.

Im Fraunhofer Institut für Lebensmitteltechnologie und Verpackung, München, laufen zur Zeit Untersuchungen, die im Auftrag der Industrie durchgeführt werden und die auch Milchpulver mit einschließen. Ergebnisse dazu liegen noch nicht vor.

Zu der Frage der Beurteilung von Phtalsäureesterkonzentrationen in Lebensmitteln, die für die Ernährung von Kleinkindern bestimmt sind, wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 19. Juni 1996 zu den Fragen Nr. 30 und 31 der Abgeordneten Marion Caspers-Merk, SPD, (Drucksache 13/4908) hingewiesen.

27. Abgeordneter **Klaus Lennartz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Sicherungsanlagen zum Schutz vor Diebstahl, wie sie sich z. B. in Kaufhäusern befinden, bei Herzschrittmacherpatienten gesundheitsgefährdende Wirkungen hervorrufen, und wenn ja, kann die Bundesregierung die Häufigkeit der Symptomatik der ihr bekannten Fälle benennen?

Antwort des Staatssekretärs Baldur Wagner
vom 18. Juli 1996

Der Bundesregierung ist bekannt, daß Sicherungsanlagen zum Schutz vor Diebstahl, wie sie sich z. B. in Kaufhäusern befinden, während des Durchschreitens der Anlage Funktion von Herzschrittmachern unter bestimmten Bedingungen beeinflussen können.

In einer Empfehlung der Strahlenschutzkommission zu „Elektrischen und magnetischen Feldern im Alltag" ist auch das Problem einer möglichen Beeinflussung von Herzschrittmachern berücksichtigt. Danach reicht die Palette der Auswirkungen von einer unbedeutenden einmaligen Intervallveränderung bis hin zu „Stolperrhythmen", wenn zu einem noch vorhandenen Eigenrhythmus des Herzens die darauf nicht abgestimmte, weil gestörte Stimulation durch den Herzschrittmacher hinzukommt. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte hat in einer Pressekonferenz auf mögliche Risiken der Störbeeinflussung von Herzschrittmachern hingewiesen und die Hersteller aufgefordert, für die Patienten ausführliche Informationen über mögliche Risiken zur Verfügung zu stellen – auch wenn diese selten sind. Der Patient wird über die Leistung und mögliche Störbeeinflussung seines Herzschrittmachers durch seinen Arzt ausführlich unterrichtet.

28. Abgeordneter **Klaus Lennartz** (SPD)

Welche gesetzlichen Bestimmungen liegen vor, die eine Kennzeichnung für diese Sicherheitsanlagen zum Schutz von Herzschrittmacherpatienten vorschreiben, und sieht die Bundesregierung hier gesetzgeberischen Handlungsbedarf?

Antwort des Staatssekretärs Baldur Wagner
vom 18. Juli 1996

Es liegen keine Bestimmungen vor, die eine Kennzeichnung für diese Sicherheitsanlagen zum Schutz von Herzschrittmacherpatienten vorschreiben. Die Bundesregierung überprüft, ob technische Weiterentwicklung dieser Sicherheitsanlagen und der implantierbaren Herzschrittmacher sowie durchgeführte Informationen für den Schutz der Herzschrittmacherpatienten ausreichen. Diese Überprüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

29. Abgeordneter **Dr. Eberhard Brecht** (SPD)

Welche Straßen- und Schienenprojekte des Bundesverkehrswegeplanes sollen angesichts der schwierigen Finanzlage des Bundes bis zu den Jahren 2000, 2005 und 2007 in den Landkreisen Aschersleben-Staßfurt, Bernburg, Börde, Halberstadt, Quedlinburg und Wernigerode im Bundesland Sachsen-Anhalt realisiert werden?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Manfred Carstens vom 22. Juli 1996

Der Bundesverkehrswegeplan 1992 (BVWP '92) ist ein Investitionsrahmenplan für volkswirtschaftlich nützliche Verkehrswegeprojekte mit dem Planungshorizont bis zum Jahre 2012. Er enthält für die einzelnen Projekte weder konkrete Realisierungszeitpunkte noch zeitbezogene Dotierungen und ist insofern kein Finanzierungsplan.

30. Abgeordnete **Christel Hanewinckel** (SPD)

Welche Straßen- und Schienenprojekte des Bundesverkehrswegeplanes sollen angesichts der schwierigen Finanzlage des Bundes bis zu den Jahren 2000, 2005 und 2007 in den Landkreisen Sangerhausen und Mansfelder Land im Bundesland Sachsen-Anhalt realisiert werden?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Manfred Carstens vom 22. Juli 1996

Der Bundesverkehrswegeplan 1992 (BVWP '92) ist ein Investitionsrahmenplan für volkswirtschaftlich nützliche Verkehrswegeprojekte mit dem Planungshorizont bis zum Jahre 2012. Er enthält für die einzelnen Projekte weder konkrete Realisierungszeitpunkte noch zeitbezogene Dotierungen und ist insofern kein Finanzierungsplan.

31. Abgeordneter **Reinhard Weis (Stendal)** (SPD)

Welche Straßen- und Schienenprojekte des Bundesverkehrswegeplanes sollen angesichts der schwierigen Finanzlage des Bundes bis zu den Jahren 2000, 2005 und 2007 in der Altmark (Altmarkkreis Salzwedel und Landkreis Stendal im Bundesland Sachsen-Anhalt) realisiert werden?

32. Abgeordneter **Reinhard Weis (Stendal)** (SPD)

Welche Abweichungen zu ursprünglich geplanten Realisierungszeiträumen sind dadurch eingetreten?

33. Abgeordneter **Reinhard Weis (Stendal)** (SPD)

Gibt es außer der schwierigen Finanzlage des Bundes andere Verzögerungsursachen, und wie wären diese nach Meinung der Bundesregierung abzustellen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Manfred Carstens vom 22. Juli 1996

Der Bundesverkehrswegeplan 1992 (BVWP '92) ist ein Investitionsrahmenplan für volkswirtschaftlich nützliche Verkehrswegeprojekte mit dem Planungshorizont bis zum Jahre 2012. Er enthält für die einzelnen Projekte weder konkrete Realisierungszeitpunkte noch zeitbezogene Dotierungen und ist insofern kein Finanzierungsplan.

34. Abgeordnete **Hanna Wolf (München)** (SPD)

Wie hoch ist die Differenz der Kosten für die geplante ICE-Trasse München — Nürnberg über Ingolstadt zwischen der vorgesehenen privaten Vorfinanzierung und einer herkömmlichen Haushaltsführung?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Manfred Carstens vom 25. Juli 1996

Es ist zu unterscheiden zwischen Baukosten (Preisstand 1995), in Höhe von rd. 4,05 Mrd. DM, den Preissteigerungen für den achtjährigen Bauzeitraum 1996 bis 2003 in Höhe von rd. 1 Mrd. DM und den Bauzwischenfinanzierungszinsen von rd. 1,9 Mrd. DM, die dadurch entstehen, daß das Projekt nicht aus Steuereinnahmen, sondern mit Fremdkapital finanziert werden soll. Die Gesamtsumme beträgt somit rd. 7 Mrd. DM.

Die Finanzierungsart einer privaten Vorfinanzierung oder einer herkömmlichen Haushaltsfinanzierung hat keinen Einfluß auf die Höhe der Baukosten und die Höhe der Preissteigerungen. Das Entstehen von Fremkapitalzinsen ist keine Frage der Finanzierungsart, weil Zinsaufwand auch dann entsteht, wenn der Bund bei einer herkömmlichen Haushaltsfinanzierung Fremdkapital beschaffen müßte. Demzufolge geht es bei der vorgesehenen privaten Vorfinanzierung und einer herkömmlichen Haushaltsfinanzierung ausschließlich um die Frage, in welcher Größenordnung die Finanzierung über den Kapitalmarkt durch die Deutsche Bahn AG teurer wird als eine Direktfinanzierung des Bundes mit Fremdkapital. Die höheren Zinsaufwendungen im Falle der privaten Vorfinanzierung aufgrund geringerer Bonität des privaten Finanzierers belaufen sich z. Z. auf 0,35% p. a.

Ein Vergleich zwischen einer herkömmlichen Haushaltsführung und der vorgesehenen privaten Vorfinanzierung ist nicht zielführend, weil im Bundeshaushalt (Einzelplan 12) lediglich die Investitionskosten eingestellt werden. Für das Privatfinanzierungsvorhaben ist im Jahr des Baubeginns dem Bundesminister für Verkehr eine Ermächtigung in Höhe der Gesamtkosten im Haushaltsgesetz 1996 erteilt worden, wobei auf die anfallenden Annuitäten für Zins- und Tilgungszahlungen (Höchstbetrag) ausgewiesen wurden. Dies ist mehr als bei herkömmlicher Haushaltsfinanzierung, bei der Einzelmaßnahmen üblicherweise im Haushaltsplan nur mit Baukosten ausgewiesen werden, während die Kreditkosten an anderer Stelle global veranschlagt werden.

Im Rahmen der Realisierung des Pilotprojektes der Neu-/Ausbaustrecke Nürnberg — Ingolstadt — München geht es somit nicht um die Grundsatzentscheidung, ob eine Haushaltsfinanzierung oder eine private Vorfinanzierung günstiger ist. Es geht vielmehr darum, Verkehrsprojekte dann durchzuführen, wenn sie mehr volkswirtschaftliche Ressourcen einsparen als sie solche beanspruchen.

35. Abgeordnete **Hanna Wolf (München)** (SPD)

Sind in der in der Planung veranschlagten Summe die Kosten für den notwendigen Lärmschutz der Anwohner bereits enthalten?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Manfred Carstens vom 25. Juli 1996

Ja.

36. Abgeordnete **Hanna Wolf (München)** (SPD)

Hält die Bundesregierung die bislang geplanten Lärmschutzmaßnahmen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG für ausreichend?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Manfred Carstens vom 25. Juli 1996

Die Lärmschutzmaßnahmen richten sich nach der Sechzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung – 16. BImSchV). Über den Umfang der Lärmschutzmaßnahmen im einzelnen wird in den Planstellungsverfahren entschieden.

37. Abgeordnete **Hanna Wolf (München)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Umweltverträglichkeit der geplanten ICE-Trasse?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Manfred Carstens vom 25. Juli 1996

Die Umweltverträglichkeit wurde im Raumordnungsverfahren nachgewiesen. Die Bundesregierung sieht keine Veranlassung, die Ergebnisse dieses durch den Freistaat Bayern durchgeführten Verfahrens anzuzweifeln.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

38. Abgeordnete **Marion Caspers-Merk** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für zulässig, die aus Restmülltonnen stammenden Weichblechdosen anteilig der DSD-Quote zuzurechnen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Erhard Jauck vom 19. Juli 1996

Ziel der Verpackungsverordnung ist es, die zu beseitigenden Mengen an Abfällen aus Verpackungen zu reduzieren, wobei den Wirtschaftsbeteiligten ein Handlungsspielraum zur Erfüllung der gesteckten Ziele eingeräumt wird. So ist auch darauf verzichtet worden, den Systembetreibern nach § 6 Abs. 3 der Verpackungsverordnung, wie der Duales System Deutschland GmbH, die Art und Weise der Erfassung gebrauchter Verpackungen vorzuschreiben. Es wird lediglich gefördert, daß die Erfassung flächendeckend und endverbrauchernah zu erfolgen hat.

In Abstimmungsvereinbarungen zwischen entsorgungspflichtigen Körperschaften und der Duales System Deutschland GmbH ist in Einzelfällen festgelegt worden, daß Weißblechverpackungsanteile aus Müllverbrennungsanlagen durch den beauftragten Entsorger einer Verwertung zugeführt werden können. Eine solche Praxis widerspricht nicht den Bestimmungen der Verpackungsordnung.

39. Abgeordnete **Marion Caspers-Merk** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für sinnvoll, aufgrund der durch die Gesellschaft für Verpakkungsmarktforschung (GVM) ermittelten Minimum- und Maximummengen für Verpackungsmaterialien, den Ländern freizustellen, mit welchem Wert sie ihre Quote errechnen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Erhard Jauck vom 19. Juli 1996

Die Bundesregierung hat nach der Verpackungsverordnung alle drei Jahre den Verpackungsverbrauch in Deutschland bezogen auf die einzelnen Bundesländer bekanntzugeben. Dieser Verpackungsverbrauch stellt die Grundlage für die Berechnung der tatsächlich in Systemen nach § 6 Abs. 3 Verpackungsverordnung erfaßten Anteile dar. Bei der Ermittlung des Verpackungsverbrauchs lassen sich allerdings statistisch bedingte Ungenauigkeiten nicht vermeiden. Daher wird von der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung (GVM) eine Fehlerbandbreite angegeben, die aufgrund verschiedener Einflußfaktoren von Bundesland zu Bundesland variiert. Der tatsächliche Verpackungsverbrauch wird demnach durch einen Wert innerhalb dieser Bandbreite repräsentiert. Dies kann z. B. Minimumwert sein. Aus rechtlichen Gründen haben sich daher die Länder im vergangenen Jahr darauf verständigt, den „sicheren" Minimumwert als Berechnungsgröße für die Ermittlung der tatsächlich erfaßten Anteile am Verpackungsverbrauch zuzulassen.

40. Abgeordnete **Simone Probst** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Mengen der bisher in Deutschland angefallenen abgebrannten Brennelemente lagern in kraftwerksinternen Lagern, und welche Mengen wurden bisher zur Zwischenlagerung oder Wiederaufarbeitung transportiert (Angaben bitte in Tonnen Schwermetall und Anzahl der Brennelemente, Auflistung für jedes Atomkraftwerk im einzelnen und nach Bestimmungsort)?

Antwort des Staatssekretärs Erhard Jauck
vom 19. Juli 1996

Siehe folgende Tabelle.

Anfall und Verbleib abgebrannter Brennelemente aus Leistungskernkraftwerken

(Stand 31. Dezember 1995)

Kernkraftwerk, Bundesland	Anfall		Verbleib											
			Kraftwerks-intern		COGEMA		BNFL		BZ Ahaus		TBL Gorleben		Sonstige*)	
	(BE)	(tSM)	(BE)	(tSM)	(BE)	(tSM)	(BE)	(tSM)	(BE)	(tSM)	(BE)	(tSM)	(BE)	(tSM)
Brunsbüttel, SH	1232	209,4	9	1,5	1223	207,9	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Krümmel, SH	1603	285,3	323	57,5	1280	227,8	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Brokdorf, SH	169	90,6	61	32,6	36	19,3	72	38,7	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Stade, NI	1019	363,8	0	0,0	963	343,8	0	0,0	0	0,0	0	0,0	56	20,0
Unterweser, NI	773	414,9	111	59,4	428	229,8	234	125,7	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Grohnde, NI	309	165,8	49	26,3	224	120,1	36	19,3	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Emsland, NI	221	117,8	185	98,6	0	0,0	36	19,2	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Mülheim-Kärlich, RP	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Biblis A, HE	895	478,8	96	51,4	759	406,1	40	21,4	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Biblis B, HE	784	419,4	101	54,0	683	365,4	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Obrigheim, BW	890	259,5	81	23,5	625	182,5	0	0,0	0	0,0	0	0,0	184	53,5
Philippsburg 1, BW	1624	284,2	91	15,9	1533	268,3	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Philippsburg 2, BW	332	178,1	136	72,9	187	100,4	0	0,0	0	0,0	9	4,8	0	0,0
Neckarwest-heim 1, BW	963	343,8	57	20,3	841	300,2	0	0,0	0	0,0	0	0,0	65	23,2
Neckarwest-heim 2, BW	200	106,6	200	106,6	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Gundrem-mingen B, BY	1542	268,3	548	95,4	960	167,0	34	5,9	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Gundrem-mingen C, BY	1511	262,9	510	88,7	576	100,2	425	74,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Isar 1, BY	1821	320,5	206	36,3	1615	284,2	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Isar 2, BY	270	144,5	127	67,9	143	76,5	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Grafenrhein-feld, BY	651	349,4	189	101,5	462	248,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Stillgelegte KKW	11046	1394,7	848	100,1	2289	364,8	748	85,2	0	0,0	0	0,0	7161	844,7
Summe	27855	6458,4	3928	1110,4	14827	4012,4	1625	389,3	0	0,0	9	4,8	7466	941,4

*) GKN 2, WAK, EUROCHEMIC, SKB, ZAB, UdSSR
BE = Brennelemente
tSM = Tonnen Schwermetall

41. Abgeordnete **Simone Probst** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie groß sind in jedem einzelnen Atomkraftwerk die genehmigten Zwischenlagerkapazitäten, und wie viele Freikapazitäten stehen zur Zeit real im jeweiligen internen Lager noch zur Verfügung (Angaben bitte in Tonnen Schwermetall und Anzahl der Brennelemente)?

42. Abgeordnete **Simone Probst** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Brennelementmengen befinden sich in den einzelnen Atomkraftwerken jeweils im Reaktorkern, und wie groß sind die jährlichen Entlademengen (bitte Angaben in Tonnen Schwermetall und Anzahl der Brennelemente)?

Antwort des Staatssekretärs Erhard Jauck vom 19. Juli 1996

Siehe folgende Tabelle.

Kraftwerksinterne Zwischenlagerkapzitäten, Reaktorkernbeladungen und jährliche Entlademengen der Leistungskernkraftwerke

(Stand 31. Dezember 1995)

Kernkraftwerk, Bundesland	Kraftwerksinterne Zwischenlagerkapazität genehmigt		frei verfügbar		Reaktorkern-beladung		Jährl. Entlademenge (Rechnung)	
	(BE)	(tSM)	(BE)	(tSM)	(BE)	(tSM)	(BE)	(tSM)
Brunsbüttel, SH	828	140,8	274	46,6	532	90,4	105	17,9
Krümmel, SH	1 690	300,8	67	11,9	840	149,5	145	25,8
Brokdorf, SH	768	412,4	281	150,9	193	103,5	48	25,8
Stade, NI	237	84,6	55	19,6	157	56,0	46	16,4
Unterweser, NI	615	330,3	220	118,1	193	103,6	51	27,4
Grohnde, NI	768	412,4	226	121,4	193	103,6	45	24,2
Emsland, NI	768	409,3	174	92,7	193	102,9	55	29,3
Mühlheim-Kärlich, RP	790	361,8	413	189,2	0	0,0	60	27,5
Biblis A, HE	582	311,4	207	110,7	0	0,0	48	25,7
Biblis B, HE	578	309,2	153	81,9	193	103,3	51	27,3
Obrigheim, BW	230	67,2	46	13,4	97	28,3	27	7,9
Philippsburg 1, BW	948	165,9	136	23,8	592	103,6	117	20,5
Philippsburg 2, BW	768	412,4	179	96,1	193	103,4	59	31,7
Neckarwestheim 1, BW	310	110,7	25	8,9	177	63,2	46	16,4
Neckarwestheim 2, BW	786	418,9	167	89,0	193	102,9	45	24,0
Gundremmingen B, BY	3 219	560,1	1 230	214,0	784	136,4	149	25,9
Gundremmingen C, BY	3 219	560,1	1 103	191,9	784	136,4	149	25,9
Isar 1, BY	2 232	392,8	660	116,2	592	104,2	101	17,8
Isar 2, BY	792	423,7	382	204,4	193	103,3	59	31,6
Grafenrheinfeld, BY	715	384,0	215	115,5	193	103,6	54	29,0
Summe	20 843	6 568,8	6 213	2 016,3	6 292	1 798,0	1 460	477,8

BE = Brennelemente
tSM = Tonnen Schwermetall

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

43. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Wie ist der Stand der geplanten Veräußerung der Gesellschaftsanteile des Bundes an der Gemeinnützigen Deutschen Wohnungsbaugesellschaft mbH (Deutschbau), und liegen der Bundesregierung bereits Angebote potentieller Käufer für die 21 Wohnungen in Landshut der Deutschbau, Niederlassung Süddeutschland, vor?

Anwort des Bundesministers Dr. Klaus Töpfer vom 25. Juli 1996

Die Gesellschafter der Deutschbau haben eine Investmentbank beauftragt, sie bei dem Verkauf zu unterstützen. Derzeit werden von dieser Bank die erforderlichen Verkaufsunterlagen erarbeitet. Gespräche mit Kaufinteressenten werden voraussichtlich im September 1996 aufgenommen.

Die Stadt Landshut a. Lech bzw. die Kommunale Grundstücks- und Wohnungsbau GmbH für den Landkreis Landsberg a. Lech haben Interesse am Kauf der in Landshut gelegenen Wohnungen der Deutschbau bekundet. Die Beschlüsse der Bundesregierung sehen jedoch vorrangig den Verkauf der Gesellschaftsanteile an der Deutschbau und nicht einzelner Wohnungen vor.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

44. Abgeordnete **Simone Probst** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie erklärt sich die Bundesregierung auf meine Fragen 54, 55 in Drucksache 13/4908 den Widerspruch zwischen der Antwort der britischen Regierung auf eine Frage des Abgeordneten Calum MacDonald (Western Isles) vom 19. Juni 1996, daß Mitarbeiter der United Kingdom Atomic Energy Agency (UKAEA) und Beamte des Department of Trade and Industry (DTI) mit deutschen Beamten mehrere Diskussionen über eine mögliche Lieferung von hochangereichertem Uran aus Beständen der UKAEA geführt haben und diese Diskussionen fortgesetzt werden sollen und der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Bernd Neumann, daß zur Zeit niemand in Betracht ziehe, in der von UKAEA und DTI betriebenen Atomanlage in Dounreay wiederaufgearbeitetes hochangereichertes Uran für den FRM II-Reaktor zu verwenden?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Fritz Schaumann
vom 19. Juli 1996

Es gibt keinen Widerspruch zwischen den beiden parlamentarischen Antworten.

In seiner Antwort vom 19. Juni 1996 auf Ihre Zusatzfrage zur Frage 55 hatte mein Kollege, der Parlamentarische Staatssekretär Bernd Neumann, von „diesem wiederaufgearbeiteten Material" gesprochen. Damit war eindeutig rückgewonnenes HEU aus einer eventuellen Wiederaufarbeitung gemeint, nach dem Sie gefragt hatten.

Was die Antwort des britischen Ministers Page anbetrifft, bezog sie sich, soweit die Bundesregierung unterrichtet ist, zum einen auf Kontakte der Bayrischen Staatsregierung mit einer Lieferfirma, bei denen das DTI anwesend war. Es handele sich um zwei, Anfang 1995 in Deutschland geführte Informationsgespräche, bei denen es um „frisches" HEU, nicht um rückgewonnenen Brennstoff aus der Wiederaufarbeitung ging. Diese Gespräche unter Beteiligung des DTI wurden bislang nicht fortgesetzt.

Zum anderen betraf die Antwort von Herrn Page den Kontakt der United Kingdom Atomic Energy Authority (UKAEA) mit einem deutschen Forschungsreaktor-Betreiber, bei dem es ebenfalls um „frisches" HEU ging. Dieser Kontakt besteht fort.

45. Abgeordneter **Norbert Röttgen** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Promotionsstipendien der Begabtenförderungswerke nur an Studenten ausgezahlt werden, die an deutschen Hochschulen promovieren?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Cornelia Yzer
vom 22. Juli 1996

Die Begabtenförderungswerke können im Rahmen der vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) bereitgestellten Mittel Stipendien an Doktoranden vergeben, wenn diese die Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion, also das Magister-, Diplom- oder Staatsexamen, an einer deutschen Hochschule erworben haben oder als Deutsche mit einem ausländischen Hochschulabschluß zur Promotion an einer deutschen Hochschule zugelassen sind. Der Promotion gleichgestellt ist insoweit ein von der Hochschule eingerichtetes wissenschaftliches Aufbaustudium.

Promotion und Aufbaustudium können davon abweichend in begründeten Fällen auch an einer ausländischen Hochschule gefördert werden. Ein begründeter Ausnahmefall dieser Art kann etwa angenommen werden, wenn das Promotionsprojekt in Deutschland nicht durchgeführt werden kann bzw. eine wissenschaftliche Betreuung nur im Ausland zur Verfügung steht.

Der Regelfall – Promotion an einer deutschen Hochschule – trägt vor allem der Förderphilosophie der Werke Rechnung, die sich nicht in der materiellen Lebenssicherung erschöpft, sondern vielfältige außerfachliche und ideelle Förderangebote einschließt (Sommerschulen, Regionaltagungen, interdisziplinäre Forschungskolloquien u. ä.). Zum anderen würde eine

zur Gänze im Ausland durchgeführte Promotion sich in Folge des Auslandszuschlags und Kaufkraftausgleichs sowie der Reisekosten so verteuern, daß sie nur zu Lasten anderer Stipendienanträge gefördert werden könnte. Sie sollte daher weiterhin auf begründete Ausnahmen beschränkt bleiben.

46. Abgeordneter **Norbert Röttgen** (CDU/CSU)

Warum werden diese Stipendienprogramme nicht zur Förderung einer höheren Mobilität deutscher Akademiker, etwa innerhalb der Europäischen Union, auch auf deutsche Studenten, die an ausländische Hochschulen promovieren, ausgeweitet, und beabsichtigt die Bundesregierung, dieses zu ändern?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Cornelia Yzer vom 22. Juli 1996

Unabhängig von dieser Anbindung an eine deutsche Universität bzw. Fakultät und einen dort beheimateten wissenschaftlichen Betreuer ist die Frage der Mobilität der geförderten Doktoranden zu sehen. Begründete Anträge von Promotionsstipendiaten auf Förderung eines zeitlich begrenzten Auslandsaufenthaltes wurden von den Werken bisher im Regelfall positiv entschieden. Die Werke haben 1995 ca. 13 % aller Promotionsstipendiaten einen mehrmonatigen (regelmäßig über drei bis zwölf Monate) Auslandsaufenthalt aus BMBF-Mitteln finanzieren können (von rd. 2300 rd. 300). Hierin sind Auslandsreisen und kurzfristige Forschungsaufenthalte, die ebenso zur Wissensbereicherung und Kontaktanbahnung und damit zur wissenschaftlichen Mobilität beitragen, nicht einmal einbezogen. Zusammenfassend ergibt sich innerhalb der bestehenden finanziellen Grenzen daraus eine insgesamt positive Bilanz bei der Auslandsförderung der Werke. Die Bundesregierung sieht z. Z. keine Möglichkeit, diese im Sinne Ihrer Frage auszuweiten.

Bonn, den 26. Juli 1996

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 9240-0, Telefax (02242) 83179
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (0228) 3820840, Telefax (0228) 3820844
ISSN 0722-8333